

José Medeiros Ferreira

Das Ende der afrikanischen Frage

Der Philosoph Eduardo Lourenço widmete in seinem Buch *Labirinto da Saudade* einige Seiten dem Verhältnis der Portugiesen zur Entkolonialisierung. In dem Essay schrieb Lourenço: „Durch das Kolonialreich wurden wir andere, aber auf so besondere Weise, daß es in der Stunde, da die imperiale Komponente unserer Vorstellung amputiert wurde – wir erlebten diese Amputation als freiwillig –, schien, als hätte es diese berüchtigte imperiale Existenz nie gegeben und als berührte uns der Rückzug in die engen und dunklen Mauern des kleinen lusitanischen Hauses nicht.“¹ Lourenço schrieb diese Zeilen zwischen Sommer 1977 und Frühjahr 1978 in S. Pedro in Portugal und Vence in Frankreich. Heute ist die „imperiale Vorstellung“ einigen nicht so fremd, wie sie damals schien.

Die afrikanische Frage war das zentrale Problem Portugals und bildete den Anlaß für den Aufstand der Streitkräfte. Der damalige General Costa Gomes bestätigt dies: „Was die Revolte des 25. April unvermeidbar machte, war die Notwendigkeit, das Kriegsproblem in Afrika zu lösen. Die Forderungen der Berufsoffiziere waren fast vollständig erfüllt worden. (...) Das Problem der Kolonien war nicht nur das drängendste, sondern auch das den Offizieren am besten vertraute, und deshalb kamen sie zu dem Schluß, daß es nur nach dem Sturz des damaligen Regimes gelöst werden könnte.“²

Wegen der Entkolonialisierung brachen die Offiziere der Bewegung der Streitkräfte (MFA) mit General Spinola, und diese Frage war auch bei der Erstellung ihres Programms entscheidend. Aber Spinola gelang es, das in der ursprünglichen Fassung enthaltene Selbstbestimmungsrecht der Kolonien zu umgehen. Der Besuch von UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim in Lissabon Anfang August 1974 unterstrich die internationalen Forderungen nach einer raschen Entkolonialisierung; ein weitergehendes Engagement der Vereinten Nationen ergab sich aus diesem Besuch jedoch nicht. Immerhin führten die Gespräche zu einer gemeinsamen Erklärung von Portugal und der Organisation für Afrikanische Einheit (OUA) hinsichtlich der Anerkennung der Unabhängigkeitsbewegungen als Repräsentanten ihrer Territorien³. Portugal sagte zu, das Recht auf Selbstbestimmung und Un-

¹ Eduardo Lourenço, *O Labirinto da Saudade. Psicanálise mítica do destino português*, Lissabon 1978, S. 47.

² Costa Gomes, *Sobre Portugal – dialogos com Alexandre Manuel*, Lissabon 1979, S. 17.

³ Im Falle Angolas erkannte die OAU die UNITA jedoch erst später an.

abhängigkeit aller Territorien in Übersee anzuerkennen, wie es dem Gesetz 7/74 vom 26. Juli entsprach.

Die Nominierung von Veiga Simão als Chef der portugiesischen Mission bei der UNO verdankte sich dem Umstand, daß man – in den Worten Spinolas – „für die Freiheitsbewegungen Verantwortlichkeiten schaffen wollte; nicht nur gegenüber den portugiesischen Behörden, sondern auch gegenüber den zuständigen internationalen Institutionen, die, indem sie mitverantwortlich gemacht wurden, als gemäßigte Kräfte gegen die extremistischen Sektoren dienen sollten“⁴. Der MFA spielte eine entscheidende Rolle bei der Bestimmung der Unterhändler für die Verhandlungen über Waffenstillstand, Frieden und die Übergabe der Oberhoheit. In diesem Punkt hatte die militärische Situation auf den Kriegsschauplätzen einen großen Einfluß, und es waren die MFA-Verantwortlichen in Guinea, Mozambique und Angola, die Druck auf Lissabon machten, um die lokalen Vorgespräche über die Verhandlungen mit den bewaffneten Unabhängigkeitsbewegungen zu legitimieren. Da diese die Verhandlungen über eine Feuerpause nicht von den Forderungen nach Unabhängigkeit abtrennten wollten, kam die Übergabe der Oberhoheit zustande. Der Waffenstillstand betraf jedoch nur Guinea, Mozambique und Angola und hatte zunächst keine Auswirkungen auf die anderen portugiesischen Kolonien.

Guinea

Die Verhandlungen über die Entkolonialisierung Guineas gestalteten sich am schwierigsten. Die afrikanische Unabhängigkeitspartei (PAIGC) hatte am 24. September 1973 in Madina de Boé einseitig die Unabhängigkeit Guinea-Bissaus erklärt, die von 82 Mitgliedsländern der UNO anerkannt wurde. Der PAIGC beabsichtigte, auch das Recht auf Unabhängigkeit der Kapverdischen Inseln anerkennen zu lassen. Diese Bedingungen wurden gleich beim ersten Treffen zwischen den Delegationen der portugiesischen Regierung und dem PAIGC vorgestellt, die vom 25. Mai bis zum 13. Juni 1974 in London unter Vorsitz von Mário Soares (in seiner Funktion als Außenminister) verhandelten. Erst nach der Entscheidung des MFA über Guinea in einer Versammlung am 1. Juli wurde diese Frage gelöst; nach der Entscheidung über eine Wahlbefragung und die Länge der Übergangszeit konnte die Macht übergeben werden.

Der Umstand, daß General Spinola Generalgouverneur von Guinea gewesen war, trug nicht eben zur Beschleunigung der Entscheidungen bei. Mário Soares beurteilte Spinolas Eingreifen zu dieser Zeit äußerst negativ: „Ohne Zweifel war sein Agieren für den Prozeß nicht von Vorteil. Im Gegenteil: seine Unnachgiebigkeit, seine Unfähigkeit, die Situation richtig einzuschätzen, machten es uns unmöglich, in London ein Abkommen mit dem PAIGC zu treffen, das bessere Bedingungen

⁴ António Spínola, *Pais sem rumo*, Scire 1978, S. 270.

enthielt als der schließlich drei Monate später in Algerien unterzeichnete Vertrag.“⁵

Dieser Vorschlag, den der MFA in einer Versammlung am 1. Juli 1974 mit etwa 800 Militärs, darunter Delegationen aller Militäreinheiten, annahm, verankerte die Dominanz der politischen Vorstellungen des PAIGC in Guinea und sprach den nach dem 25. April aufgetauchten politischen Gruppen die Legitimation ab: „Sie haben nur dazu gedient, das politische Klima in Guinea zu vergiften.“ Die internationale Anerkennung des PAIGC war eine „so gewichtige Tatsache, daß die Zahl der Länder, die die Republik Guinea-Bissau anerkennen, schon größer ist als die, welche nicht mit Portugal diplomatische Beziehungen unterhalten“. Die Resolution Nr. 03061 der UNO-Vollversammlung vom 9. September 1973 untersagte die Anwesenheit portugiesischer Truppen in Guinea; allein die Ideologie und das Programm des PAIGC „stelle das Zusammenleben und die Gleichheit aller Volksgruppen in Guinea und den Respekt für die legitimen Interessen der dort ansässigen Europäer sicher“.

Als Folge dieser Überlegungen, die eine Berücksichtigung der militärischen und internationalen Situation erkennen ließen, beschloß die Versammlung die Ablehnung jeder lokal begrenzten und einseitigen Lösung, die nicht vorher von der portugiesischen Zentralregierung akzeptiert worden war. Sie forderte zudem die sofortige Anerkennung der Republik Guinea-Bissau durch die portugiesische Regierung und das Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Völker der Kapverdischen Inseln und die unverzügliche Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem PAIGC, um den Ablauf der Machtübergabe zu klären. Weiter verlangte die Versammlung die Wiederaufnahme der durch Spínola unterbrochenen Verhandlungen zwischen den Behörden in Lissabon und der Unabhängigkeitsbewegung.

Eine Woche später vereinbarten in den Wäldern von Cantanhez eine portugiesische Militärdelegation unter Führung des Gouverneurs von Guinea, Carlos Fabião, und eine Delegation des PAIGC, angeführt von José Araújo, einen Waffenstillstand für das gesamte Territorium Guineas. Mit dem Abkommen von Algerien, das am 26. August 1974 unterzeichnet und vier Tage später von Präsident Spínola ratifiziert wurde, erkannte Portugal zwei Tatsachen an: die Republik Guinea-Bissau und den Waffenstillstand, der im Landesinneren von Guinea schon vereinbart worden war.

Die Kapverdischen Inseln

Das Abkommen über Guinea postulierte auch die Anerkennung des Rechts des kapverdischen Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Die Verhandlungen darüber wurden zwar abgetrennt, aber zwei der neun Artikel des Abkom-

⁵ Mário Soares, Portugal, que revolução?, Lissabon 1976, S. 36.

mens zwischen der portugiesischen Regierung und dem PAIGC bezogen sich auf die Kapverdischen Inseln. Dies war eine der problematischsten Entscheidungen der gesamten Entkolonialisierung, da die vom PAIGC behauptete Einheit zwischen Guinea und den Inseln sich schließlich nicht bestätigen ließ; doch die UNO-Vollversammlung hatte in ihrer Resolution vom 14. November 1972 den PAIGC als „einzigen und wahren Repräsentanten von Guinea und den Kapverdischen Inseln“ anerkannt.

Die Entkolonialisierung Guineas war 1974 offensichtlich notwendig, die Gewährung der Unabhängigkeit der Kapverdischen Inseln jedoch ein freiwilliger Akt der Machthaber in Portugal, der sich nicht als „militärische Notwendigkeit“ unter dem „Druck der Streitkräfte“ erklären läßt: Das Mutterland wollte sich von seinen Kolonien befreien.

Die Übergabe der Oberhoheit an die Kapverdischen Inseln hatte ihre Besonderheiten. Ein Statut vom 19. Dezember 1974 sah die Wahl einer Verfassunggebenden Versammlung vor, die über die politische Zukunft des Territoriums entscheiden sollte. Für die Übergangsperiode, die am 5. Juli 1975 endete, wurde ein durch den portugiesischen Staatspräsidenten nommierter Hochkommissar in der Funktion eines Ministerpräsidenten bestimmt, der zugleich als Kommandant der Streitkräfte auf dem Archipel fungierte. Zusammen mit fünf weiteren Ministern, von denen drei vom PAIGC und zwei vom Staatspräsidenten nominiert wurden, vereinigte diese Regierung sowohl Exekutive als auch Legislative in ihrer Hand. Ihr Hauptziel war es, das Gebiet mit Hilfe allgemeiner und direkter Wahlen für eine Verfassunggebende Versammlung, die auf den 30. Juni 1975 festgelegt wurden, in die Unabhängigkeit zu führen.

Bei einer Volkszählung im Rahmen der Wahlvorbereitungen wurden rund 120 000 kapverdische Bürger registriert. Unter dem starken militärischen und politischen Einfluß des PAIGC wurde eine Einheitsliste mit 56 Kandidaten erstellt. Zwar war die politische Einheit der beiden Territorien nicht gewollt, dennoch hatten sie sich beim Erreichen der Unabhängigkeit gegenseitig geholfen: Die kapverdischen Mitglieder des PAIGC kämpften politisch und militärisch in Guinea und machten den Kolonialbehörden ihre Niederlage deutlich, der PAIGC hingegen akzeptierte einen Waffenstillstand in Guinea erst nach der Erweiterung des Prinzips der Unabhängigkeit auf die Kapverdischen Inseln. Nach dem Erreichen der Unabhängigkeit verfolgte jedes Land seinen eigenen Weg.

Daß die portugiesische Regierung im Sommer 1974 nicht nur die Unabhängigkeit der Kapverdischen Inseln, sondern auch die von São Tomé e Príncipe, wo es keinen bewaffneten Kampf gab, so schnell akzeptierte, läßt darauf schließen, daß man das Problem der Territorien in Übersee endgültig klären wollte: Die Kolonien galten inzwischen als finanzielles Risiko für das Mutterland und als politische Unruheherde.

São Tomé e Príncipe

Obwohl die Befreiungsbewegung auf dem Archipel S. Tomé e Príncipe keinen bewaffneten Kampf führte, wurde sie von der Kolonialmacht brutal unterdrückt. Als 1960 das Befreiungskomitee von S. Tomé e Príncipe (CLSTP) gegründet wurde, war das Massaker von Batepá im Februar 1953 noch gegenwärtig; mehr als 1 000 Einwohner von S. Tomé waren damals getötet worden, weil sie sich geweigert hatten, auf den Kakaoplantagen zu arbeiten. Die OUA erkannte den CLSTP seit 1962 als einzigen legitimen Repräsentanten des Archipels an. Zur Zeit der portugiesischen Revolution waren seine Führer im Exil in Gabun, wo sie ihr Befreiungskomitee 1972 zu einer Befreiungsbewegung ausbauten (MLSTP).

Für die Entkolonialisierung von S. Tomé hatten der Besuch von UNO-Generalsekretär Waldheim im August 1974 in Portugal und die wiederholten Versammlungen der dort stationierten Militärs besondere Bedeutung. Auf einer Versammlung in S. Tomé erklärten die Offiziere den MLSTP zum einzigen Partner der anstehenden Verhandlungen, die im September in Algerien begannen, wo am 26. November 1974 ein Protokoll zwischen der portugiesischen Regierung und dem MLSTP unterzeichnet wurde. Darin erkannte Portugal die Bewegung an, und wie in den vorangegangenen Fällen vereinbarte man für die Übergangszeit die Einsetzung eines Hochkommissars und einer Regierung mit legislativen und exekutiven Kompetenzen.

Die Vereinbarung war juristisch ausgefeilter als ähnliche Abkommen zuvor; sie bestand aus 17 Artikeln, in denen unter anderem auch die Einrichtung einer Zentralbank in S. Tomé festgelegt war. Aber nicht einmal in S. Tomé verlief der Übergang störungsfrei. Innerhalb der Regierung bestanden Spannungen zwischen der „Bürgerversammlung“ und den Mitgliedern des MLSTP, und auch zwischen der Regierung in Lissabon und dem portugiesischen Hochkommissar Pires Veloso gab es im März 1975 ein Kräftemessen wegen der Auflösung des einheimischen Militärkontingents, das der MLSTP noch vor den Wahlen in eine Volksmiliz umwandeln wollte. Aber dem Hochkommissar gelang es, die Vereinbarungen des Abkommens durchzusetzen. Rund 21 000 Wähler entschieden über die Zusammensetzung der Verfassungsgebenden Versammlung, die am 12. Juli 1975 die Unabhängigkeit der Republik S. Tomé e Príncipe proklamierte.

Mozambique

Im Sommer 1974 steckte die neue Regierung in Lissabon wegen der Entkolonialisierungsfrage in einer tiefen Krise, die erst mit dem Sturz von Regierungschef Palma Carlos und der Bildung der zweiten Übergangsregierung unter Führung von Oberst Vasco Gonçalves endete. In dieser Zeit entwickelte sich die Bewegung der Streitkräfte zur bestimmenden politischen Kraft, die, wie der weiße Separatist Jor-

ge Jardim erkannte, nicht nur in Portugal die wichtigsten Entscheidungen traf, sondern auch in Mozambique und den anderen Territorien in Übersee⁶.

Am 2. Juli 1974 schickte der MFA in Mozambique eine Botschaft an den Kontrollausschuß der Bewegung in Lissabon, in der die sofortige Anerkennung der *Frelimo* gefordert wurde, die militärisch gegen den portugiesischen Kolonialismus und für das Recht des mozambiquanischen Volkes auf Unabhängigkeit kämpfte. Dem war ein Treffen in Nampula vorausgegangen, auf dem die Regionalkommissionen des MFA von Cabo Delgado und Tete angekündigt hatten, eine bis Ende Juli reichende Frist für ein allgemeines Waffenstillstandsabkommen mit der *Frelimo* zu gewähren; danach würden die in den erwähnten Gebieten stationierten Truppen eine einseitige Feuerpause verkünden. Darüber hinaus weigerten sich die Hubschrauberpiloten, nach Ablauf dieser Frist die Bodentruppen weiter mit Nachschub zu versorgen⁷.

In Mozambique und auch in Guinea wurde die Wahl des Verhandlungspartners eindeutig durch die *Frelimo* bestimmt. Das Einverständnis zwischen den portugiesischen Streitkräften und der *Frelimo* machte die Suche nach anderen, von Jorge Jardim angestrebten Lösungen hinfällig. Die Entwicklung zwischen dem 25. April und dem Abkommen von Lusaca am 7. September 1974 wurde im Landesinneren von Mozambique durch das Auftreten verschiedener Gruppen erheblich gestört, die versuchten, mit der *Frelimo* um die politische Macht zu konkurrieren. Dazu gehörte der *Grupo Unido de Mozambique*, der sich Ende Juni 1974 wegen seiner engen Beziehungen zur alten Kolonialregierung auflöste, aber auch der *Movimento Federalista de Mozambique* oder die *Frente Independente de Convergência Ocidental*. Der *Movimento de Libertação de Mozambique* versuchte der *Frelimo* auf ihrem eigenen Gebiet Konkurrenz zu machen.

Anfang Juni begannen in Lusaca Arbeitstreffen unter Beteiligung des portugiesischen Außenministers Mário Soares und des Präsidenten der *Frelimo*, Samora Machel, die aber noch nicht zu abschließenden Ergebnissen führten. In Sambia brachen erneut Feindseligkeiten aus; Spínola hat die Folgen in seinem Buch *País sem Rumor* beschrieben.

Am 7. September 1974 wurde ein Abkommen zwischen dem portugiesischen Staat und der *Frelimo* unterzeichnet, das zur Unabhängigkeit Mozambiques führte. Punkt 1 nannte „die schrittweise Übergabe der Macht“; in Punkt 2 hieß es, daß „die vollständige Unabhängigkeit Mozambiques am 25. Juni 1975, am Jahrestag der Gründung der *Frelimo*, feierlich verkündet werden wird“⁸. Das Abkommen von Lusaca bestimmte eine Übergangsregierung und bedeutete die offizielle Bestätigung des bestehenden Waffenstillstandes.

Die Übergangsregierung bestand aus einem Hochkommissar, den der portugiesische Staatspräsident ernannte. Die weiteren Regierungsmitglieder und eine ge-

⁶ Vgl. Jorge Jardim, *Moçambique terra queimada*, Lissabon 1976, S. 278.

⁷ Vgl. Spínola, Pais, S. 437f.

⁸ D.G. Nr. 210, 2. Erg., 1. Serie, 9.9.1974.

mischte Militärkommission wurden in Übereinstimmung mit der *Frente de Libertação de Moçambique* ernannt. Auch legte das Abkommen finanzpolitische Richtlinien fest; sie behandelten die Verantwortlichkeit der *Frelimo* für die Einhaltung der Kompromisse, die „vom portugiesischen Staat im Namen von Mozambique eingegangen wurden, seitdem Interessen auf diesem Territorium wahrgenommen wurden“, sowie die Gründung einer Zentralbank in der Funktion einer Notenbank.

Während am 7. September 1974 in Lusaca das Abkommen zwischen dem portugiesischen Staat und der *Frente de Libertação de Moçambique* zur Übergabe der Oberhoheit feierlich unterzeichnet wurde, fand in Lourenço Marque ein Aufstand der Gegner der Entkolonialisierung statt, der aber sofort von den Offizieren des MFA unter Kontrolle gebracht wurde. Dieser Zwischenfall bestimmte die späteren Beziehungen zwischen den Militärs, dem MFA und der *Frelimo*. Es wurde jetzt deutlich, daß es zu einem Exodus der in Mozambique lebenden Portugiesen kommen würde. General Spínola hegte für das Abkommen keinerlei Sympathien.

Bis zur Unabhängigkeit am 25. September 1975 betrat Samora Machel, der das Abkommen für die *Frelimo* unterzeichnet hatte, kein mozambiquanisches Gebiet; „er blieb den während der Übergangszeit eingegangenen Kompromissen fern“⁹. Dieses Verhalten erhöhte unter den in Mozambique lebenden Portugiesen das Mißtrauen und verstärkte das Phänomen der *Retornados* (Rückkehrer) – laut Volkszählung von 1981 164 065 Personen –, die die portugiesische Gesellschaft in den Jahren nach der Entkolonialisierung deutlich prägten.

Die Entkolonialisierung von Mozambique hatte einschneidende finanzielle Konsequenzen aufgrund der vorher eingegangenen Verpflichtungen des portugiesischen Staates für den Bau des Cabora-Bassa-Staudamms. Die Gläubiger des 1969 gegründeten Konsortiums forderten, daß die Verbindlichkeit der *Hidroeléctrica de Cabora-Bassa* in Form einer direkten Verbindlichkeit vom portugiesischen Staat übernommen würde, was eine deutliche Erhöhung der direkten Staatsschuld zur Folge hatte.

Angola

Der komplizierte Entkolonialisierungsprozeß in Angola hatte die schwerwiegendsten innen- und außenpolitischen Konsequenzen. Vom militärischen Standpunkt aus war die Situation nicht alarmierend, obwohl auf portugiesischer Seite etwa 65 000 Mann unter Waffen standen. Die Kooperation zwischen den Unabhängigkeitsbewegungen (FNLA, UNITA, MPLA) wurde durch die politischen Rivalitäten der verschiedenen Volksgruppen erschwert, wobei auch der Einfluß der Weißen beträchtlich war. Schließlich führte die Rivalität zwischen den Befreiungsbewegungen zu einer Internationalisierung des Konfliktes im Kontext des Kalten Krieges.

⁹ Mozambique a country study. Federal Research Division, Washington ³1985, S. 58.

Angola war immer das Zentrum der Überseepolitik Lissabons gewesen und letztlich der entscheidende Anstoß für die Doktrin vom „Wirtschaftsraum Portugal“. Im Oktober 1963 mußte Angola auf Kredite des *Fundo Monetário da Zona Escudo* zurückgreifen, und im November desselben Jahres hatte es schon die Höchstgrenze der ihm zustehenden Kredite erreicht; von diesem Augenblick an begann die Akkumulation der „Zahlungsrückstände“, das heißt der nicht beglichenen Schulden an das Mutterland. Ab 1964 stiegen die Zahlungsrückstände so, daß sie nicht mehr ausgeglichen werden konnten. „Die Kreditwürdigkeit des Systems wurde ernsthaft in Frage gestellt, als die Zahlungsrückstände unerträglich wurden und 1971 etwa neun Milliarden Escudos betrugen.“¹⁰

Die wachsenden Zahlungsschwierigkeiten Angolas führten dazu, daß die portugiesischen Industriellen jetzt direkt in die angolansiche Produktion investierten. Auf diese Weise trugen sie – zum Schaden der Industrialisierung in Portugal – zu einem Abfluß von Kapital nach Angola bei. Zurückzuführen war dieses Ungleichgewicht in der Zahlungsbilanz auf das Fehlen von Schutzzöllen auf angolansichem Gebiet; die Provinzbehörden führten deshalb Ende 1971 einige restriktive Maßnahmen für die Importe von Gütern und Dienstleistungen aus Lissabon ein.

Die wichtigste Neuerung bestand in der Erweiterung der vorgesehenen Bestimmung für Warenimporte auf die Einkäufe im Mutterland. Diese Maßnahmen wurden durch einen Beschluß der angolansichen Regierung vom 17. Januar 1972 noch verschärft. Die Gewährung von Importlizenzen für Ausrüstungsgüter wurde begrenzt. Daraus „folgte eine Beschleunigung der zentrifugalen Tendenz für das Mutterland: Da es nicht der Hauptlieferant von Ausrüstungsgütern, Rohstoffen und für die Industrialisierung Angolas notwendigen Zwischengütern war, verstärkten die Importbeschränkungen einerseits die Rolle des Auslands bei den Angola-Importen und gaben andererseits der eigenen, im wesentlichen auf die interne Nachfrage ausgerichteten Produktion neuen Auftrieb.“¹¹

Obwohl die militärische Situation in Angola nicht so ernst war wie in Mozambique oder Guinea, wurde die Zahl der aktiven Militärs in Angola nicht verringert; im Gegenteil wurde die Mobilisierung von immer mehr Truppen gefordert. Waren vor dem März 1961 in Angola nur 1 500 portugiesische Soldaten stationiert, so waren es Ende des Jahres schon 28 477. 1973 betrug die Truppenstärke bereits 65 592 Mann, darunter 27 819 Einheimische und 37 773 Portugiesen¹².

Die einfache Tatsache, daß auf angolansichem Gebiet mehr als 60 000 Soldaten unter Waffen standen, trug dazu bei, dem Militär eine wichtige Position bei der Entscheidung über die Zukunft des Territoriums zu verschaffen. Es waren hauptsächlich Offiziere aus Portugal, welche die militärischen Entscheidungen

¹⁰ Ana Maria Neto, *Industrialização de Angola – Reflexão sobre a experiência de administração portuguesa 1961-1975*, Lissabon 1991.

¹¹ Manuel Eanes Ferreira, *Angola – Portugal. Do espaço económico Português às relações pós-coloniais*, Lissabon 1990, S. 139.

¹² *Estado Maior do Exército. Resenha Histórico-Militar das Campanhas de Africa (1961-1974)*, Bd. 1, Lissabon 1988, S. 260f.

trafen. Bei einem Treffen von fast 500 Offizieren in Luanda am 18. September 1974 war man sich einig, daß die Entkolonialisierung von den Bewegungen getragen werden müsse, die „revolutionäre Legitimität“ durch ihren Kampf gegen das Kolonialregime erworben hätten. Die Erklärung der Offiziere betonte „die Notwendigkeit, das schon proklamierte Prinzip des Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der kolonisierten Völker zu respektieren“¹³.

Die Militärs versammelten sich in Luanda exakt zu dem Zeitpunkt, als in Lissabon Präsident Spínola versuchte, das Angola-Problem auf seine Weise zu lösen: Am 14. September 1974 hatte auf der Insel Sal ein Treffen zwischen dem portugiesischen Präsidenten und dem Präsidenten von Zaire, Mobutu, stattgefunden. Das Gespräch zwischen Spínola und Mobutu wurde in Afrika als eine Einladung an die FNLA interpretiert, in Angola vorzuzücken, wo inzwischen eine ihrer Militärkolonnen in der Gegend um Toto vom portugiesischen Heer gefangengenommen worden war. Die Erklärung Spínolas vom 22. September, er werde persönlich die Verantwortung für die Entkolonialisierung Angolas übernehmen, wurde von den dort ansässigen Portugiesen, der FNLA und der UNITA begrüßt¹⁴.

Der nur acht Tage später – vor allem durch die Frage der Entkolonialisierung – ausgelöste Rücktritt Spínolas wirkte sich in Angola besonders aus. Schon vor dem MFA hatte am 14. Juni 1974 Jonas Savimbi im Namen der UNITA bei einem Treffen mit Vertretern der portugiesischen Streitkräfte (Oberstleutnant Passos Ramos, Major Pezarat Correia, Hauptmann Moreira Dias) in der östlichen Militärzone offiziell die Einstellung der Feindseligkeiten akzeptiert¹⁵. Von diesem Zeitpunkt an konnte die UNITA in diesem Teil Angolas politische Aktivitäten entwickeln. Die FNLA drang nach dem 28. September weiter im Norden Angolas vor und akzeptierte nach Gesprächen mit Führern des MFA in Kinshasa einen Waffenstillstand mit der portugiesischen Armee, der am 15. Oktober in Kraft trat.

Für den MPLA unterzeichnete Agostinho Neto am 21. Oktober ein Waffenstillstandsabkommen mit einer portugiesischen Delegation unter Vorsitz von Leonel Cardoso. Das Treffen fand in der Ebene von Lunhamege nahe der Grenze zu Sambia statt. Die Bewegung der Streitkräfte begann nun eine „Volksmacht“-Strategie, die sich zunächst auf Stadtviertel, Unternehmen und Rathäuser konzentrierte. Danach weitete sie ihre Aktivitäten auf die städtischen Zentren in den Wohngebieten der *Quimbundos* und der *Bacongos* aus.

Am 12. Oktober 1974 trafen sich Vertreter der portugiesischen Behörden in Kinshasa mit dem Präsidenten von Zaire, Mobutu, und dem Präsidenten der FNLA, Holden Roberto, und schlossen ein Abkommen über die Beilegung der Feindseligkeiten. Am 28. Oktober verhandelte eine Delegation unter Vorsitz von Rosa Coutinho in der Nähe der Stadt Luso (heute Luena) mit einer Delegation der

¹³ Franz Wilhelm Heimer, *O processo de descolonização em Angola 1974-1976*, Lissabon 1980, S. 93.

¹⁴ Ebenda, S. 63.

¹⁵ Pedro Pezarat Correia, *Descolonização de Angola – a joia da coroa do império português*, Lissabon 1991, S. 98.

UNITA unter Vorsitz von Jonas Savimbi; danach begann die UNITA ihre Aktivitäten in Städten wie Lobito und Benguela und seit November in Luanda.

Entscheidend wurde dann die Einigung der drei Befreiungsbewegungen in der Kolonialfrage. FNLA, MPLA und UNITA waren ursprünglich als Rivalen aufgetreten; bei einem Treffen in Mombasa Anfang Januar 1975 kamen sie jedoch überein, mit Portugal unter Ausschluß jeder anderen angolanischen Organisation zu verhandeln. Erst jetzt wurde die UNITA von der OUA als Befreiungsbewegung anerkannt. „Dazu trugen entscheidend die portugiesischen Regierungsverantwortlichen, Militärs und der MFA in Angola bei, die der UNITA denselben Status und dieselbe Legitimität wie den beiden anderen Bewegungen zuerkannten, was ihr angesichts der militärischen Situation am 25. April 1974 allerdings auch zukam.“¹⁶

In dem Abkommen zwischen Portugal und den drei nationalistischen Bewegungen Angolas, das am 15. Januar 1975 in Alvôr unterzeichnet wurde, ernannte Portugal den Luftwaffengeneral Silva Cardoso zum Hochkommissar in Angola, und am 31. Januar trat die Übergangsregierung ihr Amt an. Anschließend häuften sich jedoch die Schwierigkeiten. Der erste und wichtigste Grund für das Scheitern des Abkommens waren Unstimmigkeiten zwischen den drei Befreiungsbewegungen.

Es gibt Wissenschaftler, welche die politische und soziale Radikalisierung in Portugal zwischen dem 11. März und dem 25. November 1975 auf eine Strategie des MFA zurückführen, der an der Unabhängigkeit Angolas interessiert gewesen sei, um den sowjetischen Einfluß in Afrika auszuweiten. Obwohl dies die Zeit der Ost-West-Konflikte war, überzeugt diese These nicht. Die Auseinandersetzungen in Angola von Januar bis Mai 1975 können auch als Wahlkampf verstanden werden: Jede der Bewegungen versuchte, die Bevölkerungsmehrheit im Hinblick auf die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung für sich zu mobilisieren. Das bezog sich auch auf die weiße Bevölkerung und schloß gewalttätige Auseinandersetzungen nicht aus.

Man vermutet, daß die FNLA zur Zeit des Abkommens von Alvôr über etwa 25 000 Soldaten verfügte, MPLA und UNITA jeweils über 6 000¹⁷. Entgegen dem Abkommen wurden nur kleine Teile dieser Streitkräfte zusammengeführt, die, vor allem in Luanda, kaum mehr als gemischte Patrouillen organisieren konnten.

Im Juni 1975 schlossen sich die drei Bewegungen, die das Abkommen von Alvôr unterzeichnet hatten, in Nakuru (Kenia), ohne Anwesenheit eines Repräsentanten der portugiesischen Regierung zusammen. Das widersprach klar dem Abkommen, zumal die Beschlüsse des Gipfels von Nakuru keinen Hinweis auf die Rolle Portugals in der Übergangsphase enthielten und sogar die Ankündigung umfaßten, angesichts „der bisher festgestellten Ineffizienz der gemischten Streitkräfte“ ein angolanisches Nationalheer aufzustellen. Auch war in den Beschlüssen

¹⁶ Ebenda, S. 105f.

¹⁷ Heimer, O processo, S. 76.

bereits von der „Einführung großer Mengen an Waffen durch die Freiheitsbewegungen“ die Rede.

Es wurde vielfach diskutiert, wer zuerst Hilfe aus dem Ausland erhielt, um die Bemühungen des Abkommens von Alvôr zunichte zu machen¹⁸. Verschiedene nordamerikanische Quellen geben an, daß die FNLA Anfang 1975 vom CIA auf dem Weg über Zaire 300 000 Dollar zuflossen, danach Waffen und weitere logistische Unterstützung. Dieselben Quellen verweisen darauf, daß der MPLA ab April 1975 schwere Waffen von der UdSSR und anderen osteuropäischen Ländern erhielt, die in jugoslawischen Schiffen bis Brazzaville transportiert und anschließend nach Angola geschickt wurden. Von dem Zeitpunkt an, da der MPLA Luanda und den Hafen kontrollierte, kamen die Waffen auch auf diesem Weg ins Land.

John Stockwell, zu dieser Zeit einer der Verantwortlichen für die Aktionen des CIA in Angola, machte später abweichende Aussagen¹⁹. Danach habe im Mai 1974 China eine Ladung von 450 Tonnen Waffen und 112 Militärberater an die FNLA geschickt und im Juli 1974 auch der CIA deren Finanzierung begonnen. Ab Ende 1974, verstärkt ab März 1975, hätten die Sowjets Waffen an den MPLA geliefert. Im Juli 1975 schickten dann die USA Waffen und bewilligten eine Hilfe von 14 Millionen Dollar zur Unterstützung von FNLA und UNITA, und am 9. Juli 1975 begann der MPLA die „zweite Schlacht um Luanda“²⁰.

Aufgrund einer gemeinsamen Aktion ihrer Streitkräfte, der *Forças Armadas Populares de Libertação de Angola* (FAPLA) und der Miliz, beherrschte der MPLA die strategisch wichtigen Punkte in der angolanischen Hauptstadt. FNLA und UNITA erhielten Unterstützung von den USA, Zaire und Südafrika; der MPLA von der Sowjetunion, den osteuropäischen Ländern, Kuba und Kongo-Brazzaville. Als die Situation eskalierte, suspendierte die fünfte Übergangsregierung unter Vorsitz von Vasco Gonçalves am 22. August 1975 das Abkommen von Alvôr betreffend der Regierungsorgane von Angola; Portugal konnte die internationale Ausweitung des Konflikts nicht mehr verhindern.

Im Oktober 1975 marschierte aus dem damaligen Südwestafrica eine hauptsächlich aus südafrikanischen Truppen bestehende Einheit in Angola ein. „Hochgradig mobil, mit einer soliden Logistik und einer den drei Befreiungsbewegungen zu dieser Zeit überlegenen technischen Ausrüstung schlugen diese Truppen den MPLA vernichtend. Anfang November erreichten sie die Stadt Lobito und ermöglichten so der UNITA und ihren Verbündeten die Rückeroberung des gesamten Gebiets im Westen und Süden des Huambo. Zur selben Zeit startete die FNLA eine neue Offensive in Norden und gelangte bis an die Grenzen von Luanda.“²¹

Zu einem nicht genau datierbaren Zeitpunkt, möglicherweise ab Oktober 1975, kamen kubanisches Militär und weiteres sowjetisches Kriegsmaterial zur Unter-

¹⁸ Walter Isaacson, Kissinger. A biography, London 1992.

¹⁹ Vgl. John Stockwell, A CIA contra Angola, Lissabon 1979.

²⁰ Heimer, O processo, S. 81.

²¹ Ebenda, S. 84.

stützung des MPLA. Etwa 15 000 Mann bildeten das reguläre, zum MPLA gehörende Heer; es war mit sowjetischen Kampfpanzern T-34 und T-54 ausgestattet, mit Artillerie, Raketen und auch mit Flugzeugen vom Typ Mig-21.

In amerikanischen Regierungskreisen war man geteilter Meinung über die Unterstützung von FNLA und UNITA, die man für prowestlich hielt. Vor allem der Kongress gab sich zurückhaltend bei der Unterstützung der Geheimoperationen des CIA, während Kissinger trotz der gegenteiligen Meinungen seiner Berater die schon überholte Position einnahm, die Geschehnisse in Angola aus der Perspektive des Ost-West-Konflikts zu betrachten²².

Die portugiesischen Behörden favorisierten deutlich die Strategie des MPLA. Die Tatsache, daß diese Bewegung sich in Luanda festsetzen konnte, war dafür entscheidend. Ein weiterer Grund lag darin, daß Luanda die politische und administrative Hauptstadt war und über einen internationalen Hafen sowie einen internationalen Flughafen verfügte. Auch die Ausreise der weißen Bevölkerung mit Hilfe einer Luftbrücke aus Luanda half bei dieser Koexistenz mit dem MPLA in der Hauptstadt und führte sogar zu Drohungen gegen die anderen Bewegungen. So wurde die FNLA von den Militärbehörden gewarnt, daß man mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln reagieren würde, wenn versucht werden sollte, Luanda vor dem Tag der Unabhängigkeit zu besetzen.

Tatsächlich verließen sowohl der Hochkommissar Admiral Leonel Cardoso als auch das restliche portugiesische Personal am 11. November 1975 Luanda, nachdem die Oberhoheit dem Staat Angola übertragen worden war. Zu diesem Zeitpunkt gab es zwei Regierungen: Von Luanda aus wurde mit Unterstützung des MPLA die Volksrepublik Angola proklamiert; eine zweite Regierung mit Sitz in Huambo (Nova Lisboa) wurde von FNLA und UNITA unterstützt und proklamierte die kurzlebige Demokratische Republik Angola. Dies blieb so bis zum 22. Februar 1976, als die sechste Übergangsregierung unter großem Druck des portugiesischen Staatspräsidenten Costa Gomes und des Außenministers Melo Antunes die Regierung des MPLA in Luanda anerkannte. Lange Zeit glaubte man, die portugiesische Entscheidung sei zu dieser Zeit das Resultat ideologischer Affinitäten gewesen. Diese Erklärung wird jedoch der Komplexität des Unabhängigkeitsprozesses in Angola nicht gerecht.

Internationale Konsequenzen

Die internationale Staatengemeinschaft begrüßte die Entkolonialisierung. Aus den Äußerungen General Spinolas läßt sich jedoch schließen, daß dem damaligen Präsidenten der USA, Richard Nixon, die durch den Entkolonialisierungsprozeß für Portugal entstandenen Probleme fremd waren. Anders scheint die Haltung Moskaus gewesen zu sein; die UdSSR unternahm – auch in Lissabon – Anstrengungen,

²² Isaacson, Kissinger, S. 673–685.

um den Weg der portugiesischen Kolonien in die Unabhängigkeit in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Nachdem Moskau einige Einflußzonen in Afrika geschaffen hatte, zuerst in Somalia, dann in Äthiopien und vor allem in der Republik Kongo-Brazzaville, interessierte es sich stärker für die portugiesische Entkolonialisierung. Erleichtert wurde das Vordringen dadurch, daß Moskau die Befreiungsbewegungen während ihres bewaffneten Kampfes gegen den portugiesischen Kolonialismus unterstützt hatte. Diese Unterstützung konnte um so einfacher gewährt werden, als Moskau weder diplomatische Beziehungen zu Portugal unterhielt noch Investitionen in diesem Gebiet getätigt hatte – eine Tatsache, die den Handlungsspielraum anderer Mächte gegenüber Lissabon einengte.

Das sowjetische Engagement in Afrika diente den für die portugiesische Kolonialpolitik zuständigen Politikern als Argument, um die verbündeten westlichen Regierungen für die damit verbundenen Gefahren zu sensibilisieren: Verläßt Portugal Afrika, nehmen die Sowjets diesen Platz ein, so lautete ihre These.

Teilweise wird die Meinung vertreten, das revolutionäre Verhalten des PCP 1974-75 verdanke sich dem sowjetischen Interesse für das portugiesischsprachige Afrika. Diese These war vor allem in Kreisen der Militärs verbreitet, die den Krieg in Afrika unterstützten. Der PCP setzte sich jedoch in Lissabon für die parlamentarische Demokratie ein, nachdem Angola am 11. November 1975 die Unabhängigkeit erreicht hatte, während in Luanda eine Regierung vom MPLA gebildet wurde, deren Beziehungen zu Moskau bekannt waren.

Eine der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Militärs der Salazar-Diktatur und den westlichen Ländern bestand in der geostrategischen Bedeutung, die dem südlichen Afrika im Ost-West-Konflikt zugemessen wurde. Für die Portugiesen waren die Kontrolle der Route um das Kap und der Zugang zu den Rohstoffen entscheidend, da die Russen immer versuchten, Westeuropa mit Hilfe Afrikas einzukreisen, während die atlantische Allianz die Positionen beibehielt, die zur Aufstellung von Raketen in bestimmten Gebieten Zentraleuropas, des Mittelmeerraumes und im Nordatlantik geführt hatten.

Es stellte sich nach einiger Zeit jedoch heraus, daß das Interesse der Sowjetunion geringer war, als ursprünglich angenommen und keine größeren Anstrengungen zu ihrer Eindämmung notwendig sein würden. Die außenpolitischen Bemühungen Portugals nach der Entkolonialisierung zielten auf die Erhaltung eines Kräftegleichgewichtes zwischen den verschiedenen politischen Gruppen und Staaten in dieser Region. Portugal unterstützte Verträge zwischen der Volksrepublik Mozambique und der Republik Südafrika zum Verkauf von Energie und der Deckung des eigenen Energiebedarfs aus dem Cabora-Bassa-Stamm, dessen Konstruktion und Instandhaltung die portugiesischen Auslandsschulden stark belasteten. Die Bemühungen galten darüber hinaus der Unterstützung der territorialen Integrität der neuen Staaten sowie der Durchsetzung von Portugiesisch als offizieller Sprache und einer Förderung der Kooperation mit den PALOP-Ländern auf bilateraler oder multilateraler Ebene.

Mit der Wahl des republikanischen Präsidenten Reagan in den USA erhöhte sich zu Beginn der achtziger Jahre die Gewalt im südlichen Afrika. In den Jahren zwischen 1975 und 1980 hatten die USA keinen entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung, obwohl die Anwesenheit kubanischer Truppen in Angola die Beziehungen zwischen Washington und Luanda stets belastete und keine diplomatischen Beziehungen aufgenommen wurden.

Besonders wichtig war die Zustimmung aller ehemaligen portugiesischen Kolonien zur Zweiten Konvention von Lomé. Sie regelte die Nord-Süd-Kooperation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Zusammenschluß der Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifiks, von denen die meisten zuvor Kolonie eines der EU-Mitgliedsländer gewesen waren. So entstand ein gemeinsamer Wirtschaftsraum der EU und vieler afrikanischer Staaten, darunter alle PALOP-Länder.

Nach der Abtretung der Oberhoheit mußte Portugal eine Afrikapolitik für die zahlreich auftretenden Probleme entwickeln: die Integration der Rückkehrer, die Sicherheit der Portugiesen, die in den jetzt unabhängigen Territorien zu bleiben beabsichtigten, die Verteidigung ökonomischer und finanzieller Interessen, um die Portugiesen nicht noch stärker mit den Folgen der Kolonialisierung und des Krieges zu belasten, die Erweiterung der traditionellen Märkte für die Versorgung mit Kaffee, Zucker, Baumwolle, Erdöl. Die ersten Bemühungen galten dem Abschluß von Kooperationsabkommen mit den ehemaligen Kolonien, die während des Unabhängigkeitsprozesses ausgehandelt wurden.

Am 22. Juni 1975 wurde in Lissabon ein wissenschaftliches und technisches Kooperationsabkommen mit der Republik Guinea-Bissau unterzeichnet, am 5. Juli in Praia ein allgemeines Freundschafts- und Kooperationsabkommen mit den Kapverdischen Inseln fertiggestellt und am 12. Juli in S. Tomé das allgemeine Freundschafts- und Kooperationsabkommen mit der Republik S. Tomé e Príncipe unterzeichnet, die noch am gleichen Tag in die Unabhängigkeit entlassen wurde. Die Volksrepublik Mozambique, deren Unabhängigkeit am 25. September proklamiert worden war, unterzeichnete am 2. Oktober einen Kooperationsvertrag mit Portugal.

Im Falle Angolas war der Weg zur Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen schwieriger und langwieriger. Die Anerkennung der angolanischen Regierung durch Portugal fand im Februar 1976 statt, also drei Monate nach der offiziellen Machtübergabe in Luanda. Im Mai dieses Jahres brach Angola nach einem Treffen der beiden Außenminister auf den Kapverdischen Inseln die diplomatischen Beziehungen ab, die erst im Oktober wieder aufgenommen wurden. Aber auch unter diesen Umständen verzögerte Angola die Entsendung eines Diplomaten nach Lissabon, während Portugal auf der 31. Vollversammlung der UNO 1976 Angola bei der Aufnahme in die Vereinten Nationen unterstützte. Erst mit dem Treffen zwischen General Eanes und Agostinho Neto im Mai 1978 begann eine Phase engerer Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten, deren Ausdruck das allgemeine Freundschafts- und Kooperationsabkommen war.

Für diese neuen Beziehungen mußte der portugiesische Staat auch umgehend neue politische und diplomatische Einrichtungen schaffen. Deshalb wurde bei der Bildung der sechsten Übergangsregierung am 4. September 1975 das Ministerium für Kooperation geschaffen, das bis zur Ersten Verfassungsmäßigen Regierung im Juli 1976 bestand. In dieser Regierung hatte dann das Außenministerium ein koordinierendes Komitee für Zusammenarbeit, das bis zur Bildung einer Generaldirektion für Zusammenarbeit in einer Regierung der *Aliança Democrática* 1980 bestand. Darüber hinaus wurde das Portugiesische Institut für Zusammenarbeit etabliert, eine Art Holding der portugiesischen Wirtschafts- und Finanzinteressen in Afrika.

International ist festgelegt, daß sich Zusammenarbeit auf die Unterstützung der Entwicklung der Staaten und ihrer Kultur bezieht und das Ziel hat, die Entwicklung der Bereiche Wirtschaft, Kultur und Soziales zu fördern. Die Beziehungen sollen gemäß der Konvention von Lomé aufgenommen werden, die die Länder der EU mit dem Zusammenschluß der weniger entwickelten Länder von Afrika, der Karibik und des Pazifik verbindet. Ein wichtiger Punkt dabei war, daß Portugal Unterstützung nur dann gewähren konnte, wenn ein Land darum bat.

Auch wenn die Regierung nur wenige Mittel bereitstellte, ermöglichte die Kooperation Portugals mit den PALOP-Ländern die Aufrechterhaltung der notwendigen Kontakte während der heiklen Situation unmittelbar nach der Entkolonialisierung. Die Beziehungen zwischen Portugal und den neuen portugiesischsprachigen Ländern waren jedoch nicht ohne Probleme. Enger waren die politischen Beziehungen von Anfang an zu den Kapverdischen Inseln und zu Guinea-Bissau, gefolgt von S. Tomé e Príncipe. Zu Beginn gab es keinerlei Schwierigkeiten, und selbst bei der militärischen Kooperation kam es schnell zu einer Verständigung mit den portugiesischen Streitkräften, insbesondere bei der Küstenbegrenzung, bei Leuchttürmen, der Anlage von Häfen, der Personalschulung etc. Die Republik Guinea-Bissau erbat in einer Auseinandersetzung mit Guinea-Conakry portugiesische Hilfe zur Festlegung ihrer Hoheitsgewässer. Und als Portugal im Oktober 1978 offiziell den Antrag auf die nicht-ständige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat stellte, unterstützten diese Länder diese Kandidatur gegen Malta.

Eine Gemeinsamkeit der Außenpolitik Portugals und der ehemaligen Kolonien war und ist die internationale Förderung der portugiesischen Sprache. Vor der Unabhängigkeit dieser Gebiete war Portugiesisch Amtssprache in zwei Staaten, nach der Unabhängigkeit der afrikanischen Territorien wurden es sieben Länder auf den drei Kontinenten Europa, Südamerika und Afrika. Somit waren die Voraussetzungen für die Förderung des Portugiesischen als einer internationalen Sprache gegeben.